



Ein Moratorium gegen den Flächenfraß

In Deutschland wird zu viel Fläche verbraucht: täglich rund 60 Hektar Landschaft für Gewerbe, Wohnungsbau, Verkehr und Erholungsflächen. Das entspricht etwa einem Einfamilienhaus pro Minute. Dagegen dauert es 2.000 Jahre, bis eine Zehn-Zentimeter-Schicht fruchtbarer Boden entsteht. Seit Jahrzehnten steigt hierzulande der Landschafts- und Flächenverbrauch weitaus stärker an, als die Bevölkerung oder die Zahl der Beschäftigten. Die LINKE LISTE im Gemeinderat will keinen weiteren Flächenverbrauch im Außenbereich und fordert ein Moratorium.



Bedrohte Streuobstwiese im Arbachtal

135 ha Grünland verplant

Die Stadtverwaltung hat eine Fortschreibung des Flächennutzungsplans vorgestellt. Darin werden 84 ha für Wohnentwicklungsflächen im Außenbereich und 51 ha für Gewerbe ausgewiesen. Es ist zwar ein Fortschritt gegenüber den ursprünglichen Plänen, denn bisher waren 116 Hektar Grünland und Ackerflächen für Wohnraum und 78 ha für Gewerbe und Verkehr vorgesehen. Dennoch ist dies zu viel, zumal brach liegende Flächen und Leerstand weiter ungenutzt bleiben.

„Wir wollen ein Moratorium! Keine weitere Bebauung und Versiegelung im Außenbereich, solange nicht das Innenentwicklungspotential erfasst und genutzt wird!“ so Stadtrat Rüdiger Weckmann.

DIE LINKE steht darin im Einklang mit den Forderungen der Naturschutzverbände, der Bewegung Fridays for Future, verschiedener Bürgerinitiativen und der öffentlichen Resonanz auf den Film „Kein schöner Land“. Die Empörung über den geplanten Flächenverbrauch, die dieser Film hervorrief, war verbunden mit dem Argument, es gäbe genügend Leerstände und Baulücken im Innenbereich. Letzteres hat die Bürgerinitiative HINTER HÖFEN anschaulich dargestellt, die als Alternative zur beabsichtigten Bebauung im Außenbereich „Hinter Höfen“ etliche Baulücken in Gönning gefunden hat.

Ende letzten Jahres hat Stefan Flaig von ÖKONSULT Stuttgart in einem Vortrag beim BUND Reutlingen die Leer-

...bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

In diesem Heft:

- Es geht auch anders
Keine Fahrverbote in Reutlingen Seite 2
- Bezahlbarer Wohnraum
Die GWG ist gefordert! Seite 3
- Erfolgreiche Politik
LINKS wirkt! Seite 3
- Auf dem Holzweg
Dem Wald sterben die Bäume weg Seite 4
- Gut aufgestellt
Die Kandidaten für die Landtagswahl Seite 5
- Krank
Gesundheitssystem in der (Corona-)Krise Seite 6
- Positionspapier
Homeoffice während Der Corona-Krise Seite 8
- Alte Paketpost
Raum für Reutlinger Kultur Seite 9
- Gemeinsame Erklärung
Gemeinnützigkeit der VVN anerkennen! Seite 10
- Demokratischer Gemeinderat
Gegen Bespitzelung und Einschüchterung Seite 11
- Links in Reutlingen, Termine, Kontakte und Impressum
Über uns Seite 12

Fortsetzung von Seite 1

standsentwicklung auf Grund der demographischen Entwicklung dargestellt.

Immer mehr betagte Menschen leben in für sie mittlerweile oft zu großen Wohnungen und Häusern. Er prognostizierte für verschiedene Gemeinden eine Leerstandsquote von 16% in den nächsten Jahren.

Genauso sieht das der Demografiebeauftragte des Landes, Thaddäus Kunzmann, nachzulesen im GEA vom 10.01.2020, wo er im Gespräch mit dem Engstinger Bürgermeister feststellt, dass die Ausweisung neuer Baugebiete am Bedarf vorbei geht.

Antrag auf Moratorium

In ihrem Antrag auf ein Moratorium des Flächenverbrauchs im Außenbereich hat die LINKE LISTE zahlreiche Möglichkeiten der Innenentwicklung dargestellt. Übrigens in Übereinstimmung mit den Forderungen von NABU und BUND.

Unterstützt wird dieses Ziel durch weitere Anträge zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum durch lange Leerstände oder der Umwandlung von Wohn- in Büroräume. Um der Stadt Zugriffsmöglichkeiten auf ungenutzte Grundstücke zu geben, sollen Bauverpflichtungen ermöglicht werden

Leerstand erfassen

Ein weiterer Antrag verlangt, dass Leerstände und Baulücken systematisch erfasst werden sollen. Wenn geeignete Baugrundstücke definiert werden, soll für diese ein Baugebot ermöglicht werden.

In Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Dies gilt gerade dann, wenn wie in Reutlingen, ein erheblicher Mangel an bezahlbarem Wohnraum besteht.

1973 unterzeichnete auch Deutschland den UN-Sozialpakt, nach dem das „Recht auf Wohnen“ umzusetzen ist.

Alle Anträge der
LINKEN LISTE online
auf lili-rt.de



Keine Fahrverbote in Reutlingen

Wie oft müssen die Gerichte noch mit Fahrverboten drohen, bis sich die Bundesregierung endlich für flächendeckende Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Hersteller durchringt? In Reutlingen können nun die Diesel-Fahrzeughalter erst einmal aufatmen. Sie wären bei einem Fahrverbot zum zweiten Mal Opfer geworden: Erst wegen der Betrugsmasche einiger Hersteller, dann durch ein Fahrverbot.

Rüdiger Weckmann über Maßnahmen zur Luftreinhaltung



Fahrbahnreduzierung in der Konrad-Adenauer-Straße – Kosmetik statt Umweltschutz

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Februar geurteilt und aus Gründen der Verhältnismäßigkeit keine Fahrverbote ausgesprochen. Doch es werden weitere Maßnahmen zur Luftreinhaltung erwartet.

Beim Ausbau des Busverkehrs hat Reutlingen bereits Fortschritte gemacht. Die kosmetischen Maßnahmen um die Messstelle hingegen tragen wenig zur einer besseren Luftqualität in der Stadt Reutlingen bei.

Laut Umweltbundesamt erkranken jährlich mehr als eine Millionen Menschen in Deutschland an verkehrsbedingten Stickoxid-Emissionen, ca. 6.000 Menschen sterben vorzeitig daran.

Der Rückgang des motorisierten Verkehrs durch die Corona-Pandemie könnte sich umkehren, wenn das öffentliche Leben und die Wirtschaft wieder voll anlaufen und die Menschen wegen der Infektionsgefahr den ÖPNV meiden.

Die LINKE LISTE hat vor zwei Jahren sowie im Mai 2019 Maßnahmenpakete zur Luftreinhaltung beantragt, die sich auf den „Green-City-Plan“ stützen

und kurzfristig umsetzbar sind. Dieser Plan wurde mit Bundesfördergeldern erarbeitet und ist zugleich Basis für weitere Förderentscheidungen des Bundes. Die darin enthaltenen Vorhaben müssen jedoch unbedingt noch dieses Jahr begonnen werden. Ein weiterer Grund, aufs Tempo zu drücken.

In Teilen hat die Stadtverwaltung die Vorschläge der LINKEN LISTE bereits aufgegriffen und plant deren Umsetzung: Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, die Schaffung von Mobilitätspunkten, Park&Ride, eine echte Umweltpur in der Lederstraße, autoarme Stadtviertel und die Umsetzung des Beschlusses, Paketverteilung in der Innenstadt nur noch durch Lastenbikes zuzulassen.

Der Anreiz, auf das Auto zu verzichten, kann erhöht werden, wenn stellenweise Autofahrspuren in Radwege umgewandelt werden. Wir regen an, den Raum für Fuß- und Radwege zu erweitern, um diese Mobilitätsart attraktiver zu machen."

Das Gesamtkonzept der LINKEN LISTE für eine Verkehrswende finden Sie online auf die-linke-reutlingen.de

Mangel an bezahlbarem Wohnraum: Die GWG ist gefordert!

Vor 2 Jahren hat die LINKE LISTE einen Antrag zur Neuausrichtung der GWG - Wohnungsgesellschaft Reutlingen mbH (GWG) eingereicht, um mit Hilfe einer starken Wohnungsbaugenossenschaft dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Reutlingen abzuwehren. Die damalige Oberbürgermeisterin Barbara Bosch war der Auffassung, dass für dieses Anliegen nicht der Gemeinderat, sondern der Aufsichtsrat der GWG zuständig sei, in der auch Stadträte vertreten sind. Die LINKE LISTE vertritt eine andere Auffassung und hat nun gemeinsam mit den Grünen/Unabhängigen diesen Antrag in überarbeiteter Form erneut eingebracht.

Rüdiger Weckmann zum Stand der Dinge

Unter anderem soll durchgesetzt werden, dass sich die GWG auf Mietwohnungsbau konzentriert und davon mindestens 50% (bei Neuvermietungen 75%) für Sozialwohnungen bereitstellt.



Um der GWG dafür die finanziellen Rahmenbedingungen zu geben, soll ihr bevorzugt preisgünstiges Bauland zur Verfügung gestellt werden, möglichst im Wege des Erbbaurechts.

In Reutlingen gibt es etwa 2.000 Sozialwohnungen, 7.000 weitere werden benötigt. Bei der aktuellen Zielsetzung der „Reutlinger Wohnbauoffensive“ würde es mehr als 50 Jahre dauern, diesen Bestand zu erreichen.

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2017 fehlen in Reutlingen knapp 4.500 Wohnungen mit Mietkosten unter 270 Euro, die

auch für Einpersonenhaushalte mit Einkommen unter der Armutsgrenze leistbar wären. Das Versorgungspotential- diese Kennzahl weist aus, welche Anzahl an Wohnungen zu leistbaren Konditionen für die einzelnen Ein-

kommensklassen zur Verfügung stehen - ist in Reutlingen extrem niedrig für Haushalte mit durchschnittlichem sowie mäßig unterdurchschnittlichem Einkommen.

Reutlingen kommt danach mit gerade einmal 54 % der zweitschlechteste Wert nach München zu.

Es ist eine traurige Tatsache, dass es in Reutlingen in besonderem Maße an bezahlbarem Wohnraum für breite

Bevölkerungsgruppen fehlt. Wir werden den Finger weiter in diese Wunde legen!

Haushalte die mehr als 30 % ihres Nettoeinkommens allein für ihre Miete ausgeben.

(Grundmiete plus Nebenkosten, ohne Heiz- und Warmwasserkosten)
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2017

1.	Reutlingen:	43,4 Prozent
1.	Mannheim:	43,4 Prozent
3.	Freiburg:	41,5 Prozent
4.	Pforzheim:	41,3 Prozent
5.	Heilbronn:	39,0 Prozent
6.	Karlsruhe:	38,5 Prozent
7.	Stuttgart:	38,2 Prozent
8.	Ulm:	30,6 Prozent
9.	Heidelberg:	27,2 Prozent

LINKS wirkt!

Auch als derzeit kleinste politische Kraft in Gemeinderat und Kreistag gelingt es uns, mit konstruktiven Vorschlägen Mehrheiten zu gewinnen und Diskussionen anzuregen.

- Die Gemeinderatsmehrheit konnte überzeugt werden, dass eine autofreie Altstadt die dortige Lebens- und Aufenthaltsqualität deutlich anheben würde.
- Unser Vorstoß zu einer Neuausrichtung der GWG, um den Anteil der Sozialwohnungen zu erhöhen wird inzwischen auch von der Fraktion der Grünen und Unabhängigen unterstützt. Positive Signale auch von OB Thomas Keck.
- Den berechtigten Forderungen der Fridays for Futur Bewegung und der Umweltverbände müssen Taten folgen, die wir mit unseren Anträgen einfordern: Ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, die Reduktion der fortgesetzten Flächenversiegelung, Schutz der uns umgebenden Natur, Nutzung von innerstädtischen Brachen mit Bauverpflichtungen.
- Als einzige Fraktion im Gemeinderat haben wir die Vorschläge des „Masterplan für die Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität“ (Green-City-Plan-Reutlingen) aufgegriffen und als Antrag eingebracht.
- Wir wollen das Radfahren attraktiver machen. Der Straßenraum in Reutlingen ist in hohem Maße Autos vorbehalten. Radfahrende müssen sich an vielen Stellen schmale Wege mit Fußgängern teilen. Viele verzichten deshalb auf die Nutzung dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels. Straßen in breite und sichere Radwege umzuwandeln, wie es jetzt in vielen Städten geschieht, könnte das ändern.

Auf dem Holzweg: Dem Wald sterben die Bäume weg

Kommt zur Corona Krise jetzt noch das Baumsterben hinzu? Oder muss man schon vom Waldsterben sprechen? Es hat viel zu wenig geregnet und das nicht erst seit April 2020. Seit fünf Jahren leiden die Bäume unter Trockenstress. Dazu kommt: die Schädigungen zeigen sich erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Ein Beitrag von Beate Ehrmann



Seewald zwischen Sondelfingen und Metzingen [Foto: B. Ehrmann]

Was tun? „Konsequenter Klimaschutz, die Minderung von Stickstoffeinträgen aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft und begleitend ein nachhaltiger Waldumbau“, sagt Nicole Wellbrock vom Thünen-Institut für Waldökosysteme. Dazu wäre jetzt im Neustart nach Corona der richtige Zeitpunkt.

Holznutzung reduzieren

Ungefähr die Hälfte aller deutschen Wälder gehört Privatpersonen. Von diesen wären laut einer Umfrage des Thünen-Instituts (2018) 60% bereit, eine reduzierte Holznutzung zu Gunsten von Naturschutzmaßnahmen im Wald in Kauf zu nehmen. Staatswälder, die entweder den Ländern, den Städten, Landkreisen und Gemeinden oder dem Bund und seiner Immobiliengesellschaft TLG gehören, machen die andere Hälfte der Waldfläche aus. Hier läge das entscheidende Handlungsfeld und die Möglichkeit, einen naturnahen Umbau der Wälder voranzutreiben.

Erkannt wurde das bereits 2007 von der Bundesregierung in der „Nationale(n) Strategie zur Biologischen Vielfalt“. Ziel: bis 2020 sollten 5% der Wälder aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Nur 2,8% Naturwälder waren es bis im April 2019.

Es verbleiben 97% Wirtschaftswald, mehr oder weniger intensiv genutzt. Die Umweltverbände fordern einen großangelegten Waldumbau zum artenreichen naturnahen Mischwald mit klaren Kriterien zur Förderung der Waldökosysteme und des Wasserhaushalts im Wald.

CO₂-Speicher Wald

Gegenüber den durch die Klimakrise entstandenen Veränderungen sind naturnaher Wälder anpassungsfähiger. Mehr noch, sie sind die größten CO₂ Speicher. Im Durchschnitt speichert ein Baum 10 kg CO₂ pro Jahr. Ein alter gesunder Baum, beispielsweise eine Buche produziert am Tag so viel Sauerstoff, dass damit 10 Menschen mit

Atemluft versorgt werden. Doch an alten Bäumen mangelt es im deutschen Wald. Auch hier im Südwesten, im weniger anfälligen Buchenmischwald werden die Bäume zu früh geerntet. Eine Tanne kann ein Alter von 600 Jahren erreichen, im deutschen Forst im Schnitt nur 90- 130 Jahre, die Buche kann 300 Jahre alt werden, in unseren Wäldern nur ca. 120 Jahre. Diese wertvollen Altbäume fehlen für eine naturnahe Waldbewirtschaftung. In der Waldgemeinschaft mit anderen Bäumen und Lebewesen sind die „Alten“ mit ihren sehr tiefen Wurzeln die Sturmanker und können längere Hitze und Trockenperioden unbeschadet überstehen. Durch Schattenwurf und Verdunstung entsteht ein günstiges Waldklima für die Verjüngung. Das braucht allerdings lange Zeit.

Nationaler Alleingang

Doch laut Eckpunktepapier zum Waldgipfel 2019 aus dem Ministerium Klöckner sollen mit vielen Millionen Euro „produktive Baumarten“ „gefördert“ werden, eine „Verkürzung der Produktions- und Gefährdungszeiträume“ erreicht werden. Dieser nationale Alleingang widerspricht der EU-Biodiversitätsstrategie vom 20. Mai 2020.

Auch das im Juni 2020 beschlossene Corona-Konjunkturprogramm plant eher im Sinn der Forstwirtschaft eine „nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder“ *light* und Unterstützung von Investitionen in moderne Betriebsmaschinen.

Gerade diese bis zu 60 Tonnen schweren Holz-Erntemaschinen sind es, die den Waldboden verdichten. Ein so geschädigter Waldboden weist noch nach 10 Jahren eine deutliche Beeinträchtigung auf. Die Schwammwirkung und Speicherung des Wassers wird

behindert, führt zu schlechteren Wuchsbedingungen für junge Bäume. Bei langen Trockenperioden verändert sich das Waldklima negativ, Bäume vertrocknen. Die Fichten-Monokulturen der Holzindustrie werden hektar-

weise dahingerafft.

Klimaschutz vor Profitinteressen

Damit unsere Wälder starke Verbündete im Kampf gegen Klimakrise und Artensterben sein können, müssen

Profitinteressen zurückstehen hinter europäischem und globalem Naturschutz, fordert Jana Ballethien von Robin Wood. Sterben die Bäume, die Wälder, schließt sich das Zeitfenster für eine erträgliche Klimazukunft.

Unsere Landtagskandidaten

Unter erschwerten Corona-Bedingungen nominierte DIE LINKE Reutlingen am 23. Juni Günter Herbig als ihren Landtagskandidaten sowie Petra Braun-Seitz als Ersatzkandidatin für den Wahlkreis Reutlingen. Am 26. Juni folgte dann die Wahl für den Wahlkreis Hechingen-Münsingen. Hier wurden als Kandidatin Petra Braun-Seitz und als Ersatzkandidat Günter Herbig gewählt. Die Kandidierenden beider Wahlen wurden jeweils ohne Gegenkandidat*in einstimmig gewählt.

Günter Herbig, der Pliezhäuser Ortsverbandsvorsitzende ist in Reutlingen durch seine Bundestagskandidatur 2013 kein unbekanntes Gesicht. Er ist aktiv in der Arbeiterbildung, bei den Ver.di/IG-Metall-Senioren (AGA). Er ist Mitglied im Verwaltungsrat und im Verbandsgremium des ZAV (Abfallverband RT/TÜ), und in Pliezhäusern engagiert er sich in der Geflüchtenden-Arbeit und als deren Vorsitzender bei der Ortsgruppe des VDK-Sozialverband.



Günter Herbig – Landtagskandidat im Wahlkreis Reutlingen

„O.K., ich bin wohl das, was man einen Grufti nennt. Geboren 1948 in Kassel, seit 35 Jahren in Pliezhäusern, verheiratet, sechs Kinder ins Leben begleitet in einer bunten Familie. Zwei Enkel. Gründe genug, mich einzumischen: Ökologisch-sozial, friedlich, menschlich: das sind meine Leitlinien auch nach Schuldienst in Hessen (Musik, Sport), Zweitstudium in Marburg (Biologie, Politik) und über 30 Jahren im wissenschaftlichen Pharma-Außendienst, lange als Außendienstleiter. Klar, dass ich mich jetzt besonders mit der COVID19-Krise auseinandersetze.“

Da wird schlagartig deutlich, warum es DIE LINKE auch im Landtag geben muss:

Erstens: Daseinsfürsorge komplett zurück in staatliche Hand, also Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Energie, Verkehr, bezahlbares Wohnen

Zweitens: 100% Vorrang für Gesundheit, was bis jetzt trotz markiger Worte eben nicht der Fall war: nicht in Medizin und Pflege, nicht beim Glyphosat, nicht beim Tempolimit, nicht bei der Energiewende, nicht bei ... wir wollen Taten, statt großer Worte!

*Drittens: Geld genug für alles liegt bei unseren Milliardär*innen, oder in unseren Kriegskassen.“*

Petra Braun-Seitz, die langjährige Kreisvorsitzende der Linken hat seit 11 Jahren einen Sitz im Reutlinger Kreistag für DIE LINKE und engagiert sich in der Gewerkschaft ver.di. Sie arbeitet bei der Stadtverwaltung Reutlingen und ist freigestellte Personalrätin. Chancengleichheit und Perspektiven für Kinder und junge Menschen liegen der sechsfachen Mutter und mehrfachen Großmutter besonders am Herzen. Petra Braun-Seitz ist davon überzeugt, dass im Landtag eine kritische linke Stimme fehlt.

„Engagement ist für mich selbstverständlich, ob bei der Linken im Kreisvorstand, als Kreisrätin, als freigestellte Personalrätin bei der Stadtverwaltung Reutlingen oder als aktive Gewerkschafterin Ich bin 66 Jahre alt,

verheiratet und habe 6 Kinder und 2 Enkel.“

Im Kreistag setze ich mich ein für ein Sozialticket, wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch den Erhalt aller drei Standorte der Kreiskliniken und bezahlbaren Wohnraum im ganzen Landkreis.



Petra Braun-Seitz – Landtagskandidatin im Wahlkreis Hechingen-Münsingen

Mehr Investitionen in Bildung sind notwendig – der Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Auch Kitas sind Bildungseinrichtungen und sollten gebührenfrei sein.

Klatschen allein genügt nicht. Wir brauchen eine bessere Bezahlung in Pflegeberufen ebenso wie im Einzelhandel und in der landwirtschaftlichen Produktion. Das hat Corona gezeigt!

Das Land Baden-Württemberg muss endlich seiner Investitionsverpflichtung für die Krankenhäuser in voller Höhe nachkommen, damit das Sparen auf dem Rücken des Personals aufhört.“

Das Gesundheitssystem im Zeichen der Corona-Krise

Das Gesundheitssystem in Deutschland sei eines der besten der Welt oder sogar das beste überhaupt. So ist es aus dem Munde von Bundeskanzlerin Angela Merkel, von Gesundheitsminister Jens Spahn und von vielen anderen Regierungspolitikern zu hören.

Gleichzeitig gibt sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz überzeugt, nur die sparsame Haushaltsführung der letzten 10 Jahre gäbe heute finanzielle Spielräume für Schutzschirme zur Abfederung der Corona-Kosten. 156 Mrd. Euro zusätzliche Ausgaben, dazu 600 Mrd. Euro Kreditgarantien, Aussetzung der Schuldenbremse, das sei alles nur möglich, weil vorher die „Schwarze Null“ als fiskalpolitische Maxime gegolten habe und durchgesetzt worden sei.

Eine kritische Stimme von Günter Busch

Der „Austeritätspolitik“, also dem rücksichtslosen Sparkurs, fiel spätestens mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG's) ab 2005 auch das deutsche Gesundheitssystem zum Opfer. Kliniken wurden auf Kosten getrimmt, Privatisierungen von Krankenhausleistungen wurden zur Regel, private Krankenhausketten eroberten erhebliche Marktanteile und machten mit ihren besonderen Geschäftsmodellen hohe Profite, die auch internationales Spekulationskapital anzogen.

Viele Betten, wenig Personal

Die Bundesregierung beruhigt. Es stünden mit 28.000 Intensivbetten genügend Kapazitäten zur Behandlung von Corona-Patienten bereit, außerdem kämen noch tausende (inzwischen 40.000) weitere hinzu. Tatsächlich sind diese Betten zu einem Teil mit Patienten belegt, die andere Krankheiten haben: Herzinfarkte, Schlaganfälle, Krebserkrankungen und Notfälle gibt es eben nach wie vor. Hinzu kommt, dass heute, aber auch schon vor der Corona-Krise freie Intensivbetten in vielen Kliniken gar nicht belegt werden konnten und können, weil das nötige qualifizierte Pflegepersonal und auch Intensivärzte fehlen. Planbare Operationen wurden verschoben und so Kapazitäten für die erwartete Corona-Welle freigemacht. Diese Welle konnte glücklicherweise durch die Corona Maßnahmen verhindert werden. Die Intensivbetten wurden nicht alle gebraucht.

Nun müssen aber die verschobenen elektiven Operationen nachgeholt werden. Das kann bedeuten, dass ggf.



bei einer zweiten Corona-Welle Engpässe auftreten.

Medikamente und Geräte fehlen

So treten aktuell wie in einem Brennglas auch im Gesundheitswesen die verheerenden Folgen der Sparpolitik offen zu Tage. Die Ökonomisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens ist verantwortlich für den eklatanten Pflegenotstand. Ebenso mangelt es an einer ausreichenden Menge von Gesichtsmasken, Handschuhen und Desinfektionsmitteln. Die Krankenhäuser haben – nicht anders als die Autoindustrie – aus Kostengründen auf Just-in-time Beschaffung umgestellt.

Vorratshaltung, auch für lebenswichtige Medikamente und technische Geräte wie Beatmungsapparate, war gestern. Angeschafft wird nur kurzfristig bei Bedarf. Nun, wo Lieferketten unterbrochen sind und globale Warenströme bei Schutzausrüstungen und

im Pharmabereich ins Stocken geraten, kommt uns dies teuer zu stehen. Davor hat DIE LINKE immer gewarnt und unzählige Aktionen dagegen organisiert und ist lange auf taube Ohren gestoßen.

Wenn jetzt das Gesundheitssystem in Deutschland besser dasteht als in Italien, Spanien oder den USA, so nicht deshalb, weil es so viel besser wäre, sondern weil der Sparprozess hier noch nicht so weit fortgeschritten ist wie die Systeme unter der Knute der Austerität in diesen Ländern. Wir sind nicht gut, sondern bisher nur noch nicht ganz so schlecht wie andere. Dieneoliberale Politik hat sich im Gesundheitswesen noch nicht voll durchsetzen können.

Neuorientierung am Bedarf

Was nützt, ist also neben einer kurzfristigen Krisenbewältigung, bei der die Krankenhäuser und die dort Beschäftigten großartiges leisten, ein

grundlegender Spurwechsel: weg von der vorrangig ökonomischen Steuerung hin zu einer Orientierung am medizinischen und gesundheitlichen Bedarf der Menschen. In diesen Spurwechsel müssen auch die Lehren aus der Pandemie-Krise einfließen. Es reicht eben nicht, wie bereits im Jahr 2012 Pandemiepläne aufzustellen, sie müssen auch durch Maßnahmen unterlegt werden, sie müssen zu Personalvorhaltungen, anderer Materialbevorratung, anderen Qualifikationen und zu Reservekapazitäten führen. Dass die Pandemiepläne von vor 8 Jahren, die ein der jetzigen Situation ganz ähnliches Szenarium beschreiben, zu gar keinen Folgen geführt haben, ist eines der größten Versäumnisse der Politik. Es ist Politikversagen in gefährlichem Ausmaß!

Alles das ist privatwirtschaftlich nicht zu machen. Der Markt richtet es nicht. Das Gut Gesundheit als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge wiederzuentdecken, wird vorrangige politische Aufgabe für die Nach-Corona-Zeit sein.

Managementwechsel zur Unzeit

Auch der Landkreis Reutlingen hat die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden. Der Kreistag hat den Beschluss gefasst, das Management der Kreiskliniken Reutlingen für zunächst 3 Jahre mit Managern der Regionalen-Kliniken-Holding Ludwigsburg (RKH) extern zu besetzen. Der Managementwechsel findet mitten in der Corona-Krise zum 1. Mai 2020 statt. Trotz zwischenzeitlich erfolgter Beiziehung des bisherigen Geschäftsführers Friedemann Salzer bis Ende Juli, kann es eine Einarbeitung des Managements in dieser Zeit kaum geben. Es muss alles schnell funktionieren. Eine Verschiebung des Wechsels für die Zeit nach der Pandemie wäre sicherlich angebracht gewesen.

Zumal die neue Führung mit neuen Konzepten die Kliniken umgestalten will. Drei davon sind für die Corona-Zeit besonders relevant:

Mehr Fälle, weniger Personal

Der neue Chef der KKR hat angekündigt, zur Kosteneinsparung die Bet-

tenauslastung von 75% auf mindestens 85% zu erhöhen. Dies kann durch Bettenstreichungen und/oder durch die Aufnahme von mehr Patienten erfolgen. Gleichzeitig soll der Personalkostenanteil an den gesamten Betriebskosten der Kliniken von 73% um mindestens 10% vermindert werden. Das geht nur mit Personalabbau und/oder einer Erhöhung der Fallzahlen.

Mehr Fälle bei weniger Personal – das bedeutet eine massive Zunahme der Arbeitsbelastung. Diese Aussagen wurden noch beim Kreistagsbeschluss mitten in der Pandemie-Phase wiederholt.

Unabhängig davon, wie man zu einem externen Management steht: Ein reines Kostendenken muss in und nach der Corona-Pandemie ein Ende haben. Das von der Regionalen-Kliniken-Holding vorgelegte grundlegende Sanierungskonzept muss ebenso grundlegend geändert werden.

Keine Corona-Zulage

Dass Kliniken nicht auf Profit ausgerichtet sein sollten, sondern eine Daseinsvorsorge auch in den Zeiten, wie unter Corona bieten müssen, ist in Debatten inzwischen vielen klar geworden, beim Klinikmanagement in Reutlingen aber noch nicht angekommen. Eine Corona-Zulage soll es nicht geben. Es bleibt bei den Argumenten, die schon vor der Corona-Zeit angeführt worden sind: Zahlung nur, wenn ein tariflicher Anspruch besteht, und der ist zurzeit noch nicht in Sicht. Für eine außertariflich mögliche Zulage fehle das Geld. Erst muss die Kasse stimmen und die finanzielle Lücke auf Grund gesunkener Auslastung geschlossen sein, dann kann man überlegen. Zugleich wird Verständnis geheuchelt für die hohe Arbeitsbelastung während der Corona-Krise.

Urach nur Versorgungszentrum

Dritter Punkt ist der Plan, das Akutkrankenhaus Bad Urach in ein Medizinisches Versorgungszentrum umzuwandeln. Wir, die Linke fordern dagegen: Bad Urach muss Akutkrankenhaus bleiben und durch entsprechende Leistungsverlagerungen und Spezialisierungen zu einem erfolgreichen

weiterentwickelt werden.

Das auch vom Sozialministerium des Landes vertretene Konzept, durch Schließung kleinerer Krankenhäuser Kosten zu sparen, darf nicht weiterverfolgt werden.

Kampfansage an Beschäftigte

Gute Arbeit und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade in der gegenwärtigen Situation – das geht bei den vielen Unsicherheiten nicht zusammen. Angedacht sind Ausgliederungen in Servicegesellschaften oder ans RKH nach Ludwigsburg, z.B. beim Einkauf, der Apotheke, Fremdvergabe bei der Reinigung und Verlagerung der Wäscherei. Ob für diese Bereiche dann der Tarif TvÖD beibehalten wird, steht in den Sternen. Das entscheiden die neuen Besitzer. Auch die kommunale Zusatzversorgung wäre dann nicht mehr garantiert.

Für die Beschäftigten ist die Fremdvergabe der Managementleistungen an die RKH also eine Kampfansage. Sollen die gut klingenden Reden von den systemrelevanten Krankenhäusern und der Bedeutung der dort Beschäftigten nicht reine Makulatur bleiben, muss auch in Reutlingen nach der Krise noch einmal politisch über die Aufstellung der Reutlinger Kreiskrankenhäuser neu nachgedacht werden.



www.die-linke.de/themen/gesundheits-und-pflege/corona/

Homeoffice in der Corona-Krise

Bereits in der letzten Ausgabe unserer Standpunkte schreibt die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti über das „Recht auf Homeoffice“ und die dringende Notwendigkeit klarer Regelungen. Das war vor Corona. Inzwischen ist das Thema in die Mitte der Arbeitswelt gerückt und beschäftigt Politik und Gesellschaft in noch höherem Maße als zuvor. Jessica Tatti zeichnet nun auch für ein aktuelles Positionspapier der Fraktion DIE LINKE im Bundestag verantwortlich:

Gute und sichere Arbeit im Homeoffice während der Corona-Krise

Positionspapier, 23. April 2020

In vielen Betrieben gab es schon vor der Corona-Krise Regelungen zum Homeoffice in Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen oder per Tarifvertrag. In Betrieben, in denen bislang kein Homeoffice möglich war, haben sich jetzt Beschäftigte und Arbeitgeber kurzfristig über entsprechende Regelungen verständigt. Doch auch in einer Krise sind feste Rahmenbedingungen und Schutzrechte notwendig, damit Homeoffice Beschäftigte nicht gefährdet oder sich zu deren Nachteil auswirkt.

Arbeitskreis I - Arbeit, Soziales und Gesundheit
Fraktionsbeschluss vom 21. April 2020
verantwortlich Jessica Tatti, AG Arbeit

Die Pandemie zwingt viele Beschäftigte ins Homeoffice. Und das bringt neue Herausforderungen mit sich: Beschäftigte fühlen sich isoliert, ihnen fehlt der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen und den Vorgesetzten. So manchem fehlt es an geeignetem Arbeitsplatz und an ergonomischen Arbeitsmitteln oder an technischen Hilfsmitteln, um die Arbeit komplett Zuhause ausführen zu können.

Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass psychische Belastungen der Arbeit von zu Hause unkritisch akzeptiert werden. Beschäftigte haben im Homeoffice mehr Stress, arbeiten im Schnitt mehrere Stunden pro Woche länger und sammeln auch mehr Überstunden an, als ihre Kolleginnen und Kollegen, die ausschließlich im Betrieb arbeiten. Überstunden im Homeoffice werden häufig nicht erfasst und bleiben somit unbezahlt.

Arbeitsbeginn, Pausen und Feierabend müssen auch im Homeoffice dokumentiert werden. Beschäftigte brauchen ein Recht auf einen planbaren Feierabend; es darf nicht erwartet werden, dass sie permanent erreichbar sind. Die Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitszeit und Arbeitsmenge und der sozialen Bedingungen sind so zu gestalten, dass psychische und physische Belastungen

vermieden werden. Diese Maßnahmen müssen auf lange Sicht gesetzlich in einer „Anti-Stress-Verordnung“ festgeschrieben werden.

zu Hause bleiben müssen, garantiert werden.

Arbeiten im Homeoffice verursacht auch Kosten. Bisher können diese



Jessica Tatti (MdB) im Bundestag

Die saubere Trennung von Beruf und Privatleben ist daher eine der größten Herausforderungen für Beschäftigte im Homeoffice. Das gilt für alle, insbesondere aber für Beschäftigte mit Kindern. Daher muss die Lohnfortzahlung für Eltern, die wegen behördlich angeordneter Kita- und Schulschließung nicht arbeiten können und zur Betreuung der Kinder

steuerlich nur abgesetzt werden, wenn ein separates Arbeitszimmer vorhanden ist.

Beschäftigte, die während der Pandemie im Homeoffice sitzen, bspw. in einer Arbeitsecke oder am Küchentisch, sollten diese für den Zeitraum der Pandemie anlog zum Infektionsschutzgesetz ebenfalls steuerlich absetzen können.

Noch immer sind Beschäftigte im Homeoffice nicht komplett über den Arbeitgeber unfallversichert und durch die Pandemie verschärft sich dieses Problem. Die Gewährleistung des vollen Arbeitsunfallversicherungsschutzes bei Arbeit im Homeoffice in COVID19-Zeiten ist daher sofort umzusetzen, da die Zahl der Home Office Beschäftigten stark angestiegen ist. Daher ist es zum Schutz vor Nachteilen notwendig, das Arbeiten zu Hause in Bezug auf Unfallgeschehen und Schäden i.S.d. § 8 Abs. 1 SGB VII dem Arbeiten in der Betriebsstätte gleichzustellen. Die bisherige BSG-Rechtsprechung gewährleistet das nicht.

In Zeiten der globalen Corona-Pandemie ist es ein Privileg, im Homeoffice arbeiten zu können. Daher sind wir solidarisch mit den vielen Beschäftigten v.a. im Transportbereich, Einzelhandel und in medizinischen Berufen, aber auch in Industrie und Handwerk. Sie gehen ihrer Arbeit vor Ort weiter nach, zum Teil über die Belastungsgrenze hinaus. Für sie ist ein lückenloser Arbeitsschutz jetzt wichtiger denn je. Ihr Wert für die Gesellschaft muss sich auch langfristig in besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen widerspiegeln.

Forderungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

- Die Arbeitsorganisation von Homeoffice einschließlich der Arbeitszeit und Arbeitspensum und der sozialen Bedingungen sind so zu gestalten, dass psychische und physische Belastungen vermieden werden. Beschäftigte brauchen ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit am Feierabend. Geeignete Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten vor arbeitsbedingten Belastungen müssen langfristig in einer gesetzlichen „Anti-Stress-Verordnung“ festgeschrieben werden.
- Bisher können die Arbeitskosten im Homeoffice, die der Arbeitgeber nicht übernimmt, steuerlich nur abgesetzt werden, wenn ein separates Arbeitszimmer vorhanden ist. Beschäftigte, die während der Pandemie im Homeoffice sitzen, bspw. in einer Arbeitsecke oder am Küchentisch, sollten diese für den Zeitraum der Pandemie analog zum Infektionsschutzgesetz ebenfalls steuerlich absetzen können.
- Beschäftigte im Homeoffice müssen im gleichen Maße unfallversichert sein, wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Betrieb. Daher ist das Arbeiten zu Hause in Bezug auf Unfallgeschehen und Schäden i.S.d. § 8 Abs. 1 SGB VII dem Arbeiten in der Betriebsstätte analog zum Infektionsschutzgesetz gleichzustellen.
- Die Lohnfortzahlung für Eltern, die wegen behördlich angeordneter Kita- und Schulschließung nicht arbeiten können und zur Betreuung der Kinder zu Hause bleiben müssen, muss analog zum Infektionsschutzgesetz garantiert werden.
- Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass die Beschäftigten in Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz unterwiesen werden. Den Beschäftigten müssen ergonomische und sichere Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden und Maßnahmen zur Vermeidung beziehungsweise größtmöglichen Reduzierung psychischer und physischer Belastungen zu vermitteln.



Raum für die Reutlinger Kultur

Ein Kommentar von Rüdiger Weckmann.

Reutlingen kann stolz sein auf seine Künstlerinnen- und Künstler-Szene. Es gibt hier eine sehr hohe Zahl an Menschen, die musizieren, malen und schauspielern. Vielen von ihnen fehlt ein geeigneter und bezahlbarer Raum für ihre schöpferische Tätigkeit.

Ideal wären gemeinsame Räume, die Synergie-Effekte und gemeinsames Schaffen ermöglichen könnten. Die Planie 22 hatte dies einst geboten, doch der Gemeinderatsmehrheit war es wichtiger, das Objekt zu versilbern. Andere Städte haben ähnliche Immobilien zu Vorzeigeprojekten entwickelt.



Altes Paketpostareal

Nun bietet sich die Chance, im Gebiet zwischen franz.K und den Wandelhallen den Kulturschaffenden ein Zentrum zu geben. Zum Einen, wenn im derzeit laufenden Wettbewerb ein Vorschlag die Mehrheit findet, der diese Möglichkeit bietet, zum Anderen – mit kurzfristiger Realisierungs-Chance – in der Zwischennutzung des früheren Paketpostamts. Dazu müsste für die geplante temporäre Unterbringung des Archivs des Naturkundemuseums eine andere Möglichkeit gefunden werden. Eine, die nicht unbedingt an einem solchen zentralen innerstädtischen Platz sein müsste. Es sollte doch möglich sein, hierfür in einer Großstadt leerstehende Lagerhallen zu finden, die sich im Idealfall auch für das dringend gesuchte Archiv der städtischen Museen eignen.

Gemeinnützigkeit der VVN-BdA anerkennen!

Am 01.07.2020 haben der DGB gemeinsam mit Jessica Tatti und Politiker*innen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD in Reutlingen folgende Erklärung zum Entzug der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA veröffentlicht:

Donald Trump kündigte während der Unruhen in den USA an, „die“ Antifa als Terrororganisation einzustufen. Sein Justizminister William Barr will große Teile der Proteste als inländischen Terrorismus bewerten- und auch so verfolgen. Rechte wärmten daraufhin in Deutschland ihre Diskussion zu „der“ Antifa auf. Unter Antifa versteht man in Deutschland weitverzweigte Aktivitäten unterschiedlicher Organisationen und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen. Dieses Engagement finden wir unterstützenswert!

Wir möchten die derzeitige Medienaufmerksamkeit daher nutzen, auf einen unsäglichen Vorgang aus dem letzten Jahr hinzuweisen.

Damals verlor die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) seine Gemeinnützigkeit. Gleichzeitig dürfen rechtsextreme Organisationen, wie etwa das Institut für Staatspolitik (IfS) und Waffenlobbyisten-Vereine weiter Spendenquittungen ausstellen.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Nazi-Gefängnisse 1947

gegründet, ist der VVN-BdA heute die größte, älteste, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten Deutschlands. Sie vertritt die Interes-

dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes nicht in Vergessenheit geraten sind.

Dem VVN-BdA Linksextremismus vorzuwerfen, denunziert seine Entstehungsgeschichte und fällt den antifaschistischen Kräften in unserem Land in den Rücken – und das in einer Zeit, in der Antifaschist*innen so dringend gebraucht werden. In einer Zeit, in der der NSU ungehindert Menschen ermordete, in der Walter Lübcke von Rechtsextremisten getötet wurde, in der in Halle ein Anschlag auf eine Synagoge verübt wurde, bei dem zwei Menschen starben, in der in Hanau ein Rassist zehn Menschen ermordete.

Wir, Vertreter*innen verschiedener politischer Organisationen in Reutlingen, erklären uns solidarisch mit dem VVN-BdA.

Wir protestieren gemeinsam gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch das Berliner Finanzamt. Der

VVN-BdA ist sofort wieder als gemeinnützig anzuerkennen.

Wir rufen dazu auf, in den VVN-BdA einzutreten, um die unverzichtbare Arbeit des Vereins zu unterstützen.



sen von Verfolgten und Widerstandskämpfern, sowie deren Nachkommen, tritt für Frieden und Völkerverständigung ein und hat gegen große gesellschaftliche Widerstände wesentlich

Beate Müller-Gemmeke, Mitglied des Bundestages für die Partei Bündnis 90/Die Grünen

Jessica Tatti, Mitglied des Bundestages für die Partei DIE LINKE

Thomas Poreski, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg für die Partei Bündnis 90/Die Grünen

Ramazan Selcuk, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg für die Partei SPD

Moritz Stiepert, Regionssekretär für den Deutschen Gewerkschaftsbund

Gemeinsame Erklärung der demokratischen Fraktionen und der Linken Liste im Reutlinger Gemeinderat
Reutlingen, 11.03.2020

Gegen Bespitzelung und Einschüchterung- für die Stärkung demokratischen Denkens in unseren Schulen.

Die Reutlinger Gemeinderatsfraktionen fordern von der AfD die sofortige Abschaltung ihrer Internet-Meldeplattform „<https://faire.schule/>“.

Wir schließen uns der Einschätzung der GEW an und fordern den Verzicht auf Online-Portale, die dazu geeignet sind, als Spitzelforen und Hetzportale gegen Lehrkräfte zu fungieren.

Wir verurteilen die Plattform „<https://faire.schule/>“ der AfD in Baden-Württemberg. Unliebsame Lehrer wurden schon mehrfach in den schlimmsten Phasen der deutschen Geschichte diffamiert und angeprangert. Solche Plattformen darf es in einem demokratischen Rechtsstaat nicht geben. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich mit allen Demokraten gegen diese Praktiken zu solidarisieren.

Weil auch die Reutlinger Schulen davon betroffen sind, äußern wir uns als Reutlinger Gemeinderatsfraktionen zu diesem landespolitischen Thema.

Begründung:

Die AfD hat nun auch in Baden-Württemberg eine Meldeplattform gegen Lehrkräfte etabliert. Dort können Nutzer/innen der AfD-Fraktion melden, wenn sich Lehrkräfte oder andere Beschäftigte an Schulen ihrer Meinung nach nicht neutral verhalten. Die AfD versteckt sich hinter „wohlgemeinten“ Hinweisen auf den möglichen Weg, den Schülerinnen und Schüler einschlagen können, wenn sie sich politisch überwältigt fühlen. Letztendlich droht sie jedoch eventuell gemeldeten Lehrkräften unverblümt in der Öffentlichkeit mit Dienstaufsichtsbeschwerden. So werden Schüler/innen instrumentalisiert und gezielt zur Denunziation aufgefordert.

Die Plattform „<https://faire.schule/>“ stellt einen nicht hinnehmbaren Versuch dar, auch in Reutlingen Unruhe in die Schulen zu tragen. Die Methode, mittels einer derartigen Plattform angebliche Verstöße gegen die politische Neutralität online zu sammeln und damit politisch missliebige Lehrerinnen und Lehrer ausfindig zu machen, ist untragbar. Sie fußt auf einem Menschenbild, das gerade auch in Deutschland zu den fürchterlichsten Verbrechen beigetragen hat. Bereits die in der öffentlichen Diskussion z.T. aggressiv erhobenen Vorwürfe gegen die angebliche Parteilichkeit von Lehrerinnen und Lehrern v.a. im Politik-, Ge-

Geschichts- und Deutschunterricht unserer Schulen sowie die in mehreren Bundesländern eingereichten Dienstaufsichtsbeschwerden sollen Lehrkräfte einschüchtern.

Die rechtspopulistische AfD, die rassistische, menschenverachtende und verfassungsfeindliche Äußerungen in den eigenen Reihen zulässt, beruft sich auf den „Beutelsbacher Konsens“. Demnach wäre – so die AfD – ausgeschlossen, dass sich Lehrkräfte im Unterricht kritisch mit rechtspopulistischen Positionen auseinandersetzen und sich selbst positionieren. Nach geltender Rechtslage ist aber faktisch das Gegenteil der Fall: Entsprechend dem gesetzlich festgeschriebenen Bildungsauftrag haben die Schulen und Hochschulen den Auftrag, die dem Grundgesetz zugrundeliegenden Wertvorstellungen aktiv im Sinne der freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte zu vermitteln. Als Multiplikator/innen der Demokratie, nicht von Parteipolitik, sollen sie die Schülerinnen und Schüler zur Mitgestaltung der Gesellschaft in staatsbürgerlicher Verantwortung befähigen.

Den rechtlichen Rahmen bilden neben den Artikeln 3 des Grundgesetzes und dem Artikel 12 Abs. 1 der Baden-Württembergischen Verfassung, der § 1 (2) des Baden-Württembergischen Schulgesetzes. Jede Lehrkraft hat auf dieser Grundlage auch das Recht, die eigene Meinung in einem kontrovers angelegten Unterricht zum Ausdruck zu bringen, wenn die Meinungsäußerung als solche erkennbar ist und den Schüler/innen eigene abweichende Meinungen nicht zum Nachteil gereichen. So etwas wie ein „Neutralitätsgebot“ gibt es hingegen in der baden-württembergischen Verfassung nicht. Bei groben Verstößen von Lehrkräften gegen die allen Beamten obliegende Pflicht zur gebotenen politischen Zurückhaltung sind in einem Rechtsstaat Schulleitungen, vorgesetzte Dienstbehörden und ordentliche Gerichte zuständig. Auf keinen Fall aber eine Partei, die ihrerseits (zumindest in Teilen) der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegt.

Es eine der vornehmsten Aufgabe von Lehrkräften ist es, kritisches Denken zu lehren und nicht zu unterdrücken. Sollten in der Politik von einzelnen Gruppierungen oder rechtlich zugelassenen Parteien diskriminierende, rassistische oder demokratiefeindliche Positionen vertreten werden, muss es auch weiterhin möglich sein, dass Lehrkräfte dies im Unterricht aufarbeiten.

Die Grünen und Unabhängigen
Gabriele Janz

SPD
Helmut Treutlein

FWV
Jürgen Fuchs

FDP
Hagen Kluck

WIR
Prof. Dr. Jürgen Straub

LINKE LISTE
Carola Rau, Rüdiger Weckmann

Links in Reutlingen

Links in Reutlingen bewegt sich eine stetig wachsende, facettenreiche Gruppierung aus Mandatsträgern, Wissenschaftlern, Fachleuten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in verschiedenen Gremien, Arbeitsgruppen und Initiativen. Ihre gemeinsamen Werte der Menschlichkeit, ihr Sinn für soziale Gerechtigkeit und ihr hoher Respekt gegenüber unseren natürlichen Ressourcen sind Grundlage für ihr lokalpolitisches Handeln. In diesem Sinne setzt sie sich für ein harmonisches Miteinander in einer offenen Gesellschaft, für eine gerechte Wirtschaft, die Mensch und Umwelt nicht aus den Augen verliert und für den Erhalt unserer demokratischen Grundwerte und des Friedens ein. Ein kleiner Einblick in unsere Strukturen:

DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen

Der Landesverband DIE LINKE in Baden-Württemberg gliedert sich in Kreisverbände. Der Kreisverband Reutlingen umfasst das Gebiet innerhalb der Verwaltungsgrenzen des Landkreises und ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Aufgaben seines Gebietes, sofern durch die Bundes- oder Landessatzung keine andere Zuständigkeit bestimmt wird.

Der am 01.10.2018 von der Mitgliederversammlung gewählte Vorstand setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden Vorstand Petra Braun-Seitz und Rüdiger Weckmann, den Beisitzer*innen Jessica Tatti, Sabine Ganowiak, Marc Gminder, Hans Schäfer, Günter Busch und der Kassiererin Maggy Herbig.

Die Sitzungen des Kreisvorstandes sind in der Regel mitgliederöffentlich.

LINKE LISTE Reutlingen

Die LINKE LISTE wurde 2008 als Verein gegründet. Sie stellt die Kandidaten für die Wahl des Gemeinderats. Die LINKE LISTE steht auch denjenigen offen, die nicht Parteimitglied sind. Der Verein LINKE LISTE Reutlingen orientiert sich an den gleichen politischen Werten wie DIE LINKE.

Bundestagsmandat

Seit der Bundestagswahl 2017 ist Jessica Tatti Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag. Sie ist Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ sowie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und war von 2014 bis 2017 Stadträtin in Reutlingen.

Gemeinderat Stadt Reutlingen

Die LINKE LISTE Reutlingen ist im Gemeinderat durch Carola Rau (seit April 2018) und durch Rüdiger Weckmann (seit November 2017) vertreten.

Kreistag

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag bilden Petra Braun-Seitz und Thomas Ziegler.

Linker Arbeitskreis Kommunalpolitik (LAK)

Der LAK ist unser 14-tägiger kommunalpolitischer Arbeitskreis. Hier werden alle aktuellen Themen diskutiert, die Stadt und Landkreis betreffen. Es entstehen Ideen für unsere Region und Lösungen für lokale Herausforderungen. Im LAK treffen und koordinieren sich fachspezifische Arbeitsgruppen und darüber hinaus wird die Arbeit der Mandatsträger unterstützt. Der LAK ist ein Ort für aktive politische Arbeit „links in Reutlingen“ und offen für alle Interessierten.

Treffen und Termine:

Linker Arbeitskreis Kommunalpolitik (LAK)

Montags 14-tägig jeweils 19:00 Uhr im Büro Karlstraße 16 und als Videokonferenz

Stammtisch

Jeweils jeden dritten Mittwoch des Monats ab 19:30 Uhr und in den Sommerferien wöchentlich

Bekanntgabe der genauen Termine, Terminänderungen und weitere Veranstaltungen: die-linke-reutlingen.de und lili-rt.de

Aufgrund der anhaltend erschwerten Corona bedingten Situation finden viele Veranstaltungen als Videokonferenz oder als Hybridkonferenz statt.

DIE LINKE bietet regelmäßig Online-Veranstaltungen zu spannenden Themen. Auch hierzu bitten wir die Informationen auf unserer Webseite zu beachten.

Kontakte:

Stadträtin Carola Rau

E-Mail: carolarau@web.de

Stadtrat Rüdiger Weckmann

E-Mail: weckmann@kabelbw.de

Kreisrätin Petra Braun-Seitz

E-Mail: p.braun-seitz@t-online.de

Kreisrat Thomas Ziegler

E-Mail: ziegler.rae@gmx.de

Jessica Tatti (MdB)

Wahlkreisbüro Reutlingen

E-Mail: jessica.tatti.wk@bundestag.de

Telefon: 07121 5509911



DIE LINKE.

IMPRESSUM

DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen

Karlstraße 16, Eingang Mauerstr.

72764 Reutlingen

Telefon: 07121 8793039

Fax: 07121 8793038

E-Mail: linke-buero@gmx.de

www.die-linke-reutlingen.de

www.lili-rt.de

V.i.S.d.P.: Rüdiger Weckmann

LINKE LISTE

Mitmachen...

Wir freuen uns über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter und über Neumitglieder. Komm uns einfach im LAK besuchen oder schreibe uns, wenn du Fragen hast.

linke-buero@gmx.de

facebook.com/dielinkereutlingen

